

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: C. M. Schiffer in Krefeld
Breitestraße 109.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montag abends an die
Redaktion in Krefeld einzuliefern.

Anzeigen kosten die 6spaltige Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Aken in
Krefeld, Ruth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1368.

5. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, den 4. April 1903.

(Auflage 20.000.)

Nr. 14.

An die Ortsgruppen-Vorstände!

Wir bitten, die
Abrechnung pro I. Quartal 1903
sofort, spätestens bis zum 10. April dem Bezirks-
Kassierer einzureichen.

Der Centralvorstand.
C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Die diesjährige Verbandsauschussführung.

Die Verhandlungen wurden am 23. März mit folgendem Antrag Roth-Krefeld fortgesetzt:

Der Verbandsauschuss drückt den Wunsch aus, daß die freigestellten Bezirksvorständen, welche Mitglieder des Centralverbandes sind, auf Kosten der betr. Bezirke Telefon-Anschluß erhalten.

Der Antrag wurde debattelos angenommen.

Bei dem folgenden Punkte der Tagesordnung: **Vorstandswahl** plaidierte Kollege Hillekamp-M. Gladbach dafür, Bayern bezw. Süddeutschland zu berücksichtigen, während Kollege Roth-Krefeld hat, es beim Alten zu belassen. Diesen Ausführungen schlossen sich einige süddeutsche Kollegen an. Schaffrath-Nachen beantragte, den Bezirk Barmen zu teilen und teils dem Gladbacher, teils dem Krefelder Bezirk zuzugewähren. Dem widersprachen die Kollegen Dickmann-St. Lönis und Schiffer Krefeld entschieden mit der Begründung, daß das für sich abgeschlossene bedeutende bergische Textilindustriegebiet einen besonderen Bezirk benötigt. Der Antrag des Kollegen Schaffrath wurde daraufhin abgelehnt.

Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Nahezu einstimmig wurden die Kollegen Sistenich-Nachen und Camps-Bocholt wieder- und (anstelle des früheren Bezirksvorstehenden Wertens-Barmen) Köhling-Dhliges wiedergewählt. — Per Akklamation erfolgte sodann die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kassierrevisoren: Hillekamp-M. Gladbach, Dickmann-St. Lönis und Steinbeck-Nachen.

Der Vorsitzende erläuterte darauffin ausführlich den Zweck eines demnächst in Mainz stattfindenden Kongresses. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften habe die Beteiligung beschlossen und empfehle den einzelnen Organisationen, eine angemessene Anzahl Delegierte zu entsenden, obgleich das Stimmrecht nach den Mitgliedsverhältnissen ganz genau geregelt sei. (Wir werden auf diesen Kongreß, seine Bedeutung und den Umfang der Beteiligung demnächst in einem besonderen Artikel näher zurückkommen. Die Red.)

Kollege Hillekamp-M. Gladbach beantragte, aus jedem Bezirke zwei Delegierte zu entsenden, während Kollege Besch-Krefeld betonte, es müsse die zweitgrößte Organisation des Gesamtverbandes möglichst viele Vertreter schicken.

Schaffrath-Nachen: Viele Kongresse nehmen z. Bt. einen demonstrativen Charakter an, ja sie gleichen Schaustellungen. Das ist jedenfalls übertrieben. Ich beantrage drei Delegierte auf Kosten der Centralkasse zu entsenden und im Uebrigen den Bezirken Freiheit zu lassen, ob auch diese auf eigene Kosten Vertreter delegieren wollen oder nicht.

Roth-Krefeld trat diesem Antrage entgegen, zumal der Verband in solchen Fällen als einheitliches Ganzes auftreten müsse. Wenn die Bezirke noch Delegierte wählen sollten, dann müßten auch noch besondere Bezirksgeneralversammlungen einberufen werden, da die Vorstände nicht kompetent zu den Wahlen seien. Redner beantragte, 6 Delegierte des Centralverbandes für den Kongreß zu wählen. — Die Kollegen Dickmann-St. Lönis und Sistenich-Nachen traten den Bedenken des Kollegen Roth entgegen und für den Antrag Schaffrath ein. Letzterer Antrag wurde jedoch bekämpft durch die Kollegen Camps-Bocholt und Schiffer-Krefeld. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß gerade dieser Kongreß einen demonstrativen Charakter tragen müsse. Dann aber solle man nicht die Bezirke gegeneinander aufmarschieren lassen, sondern die Einheit des Verbandes dokumentieren. Er (Redner) beantragte, zehn Delegierte des Centralverbandes zu entsenden.

Bei der Abstimmung wurde der (weitgehendste) Antrag Hillekamp auf 14 Delegierte abgelehnt, der Antrag Schiffer dagegen angenommen. Gewählt wurden die Kollegen Schiffer und Besch-Krefeld, Sistenich und Roder-Nachen, Camps-Bocholt, Hermes-M. Gladbach, Köhling-Dhliges, Dickmann-St. Lönis, Fischer-Mülhausen und Lay-Sambrecht.

Es folgte die Beratung des Antrages des Centralverbandes bezügl. der Beitragserhöhung. Der Vorsitzende bemerkte, er glaube von einer längeren Darlegung über die Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer Beitragserhöhung absehen zu dürfen, da die Frage genügend im Organ und in den Versammlungen nach allen Seiten hin erörtert worden sei. Die Meinungen seien jedenfalls geklärt, und die Ausschussmitglieder augenscheinlich mit einer unumstößlichen Ansicht über die Frage versehen.

Kollege Müller-Nachen legte den Standpunkt der Nacher Bezirksgeneralversammlung dar. Die Versammlung habe sich einstimmig für eine Erhöhung um 5 Pfg. ausgesprochen. Um aber die Centralkasse noch weiter zu entlasten, empfehle es sich, die Anteile der Ortsgruppen von 15 auf 10%, die Anteile der Bezirke von 10 auf 6% zu reduzieren, d. h. wenn die Beitragserhöhung platzgreife.

Kollege Stoff-Werden trat ebenfalls dafür ein, die Beiträge zu erhöhen. Der Beschluß des Ausschusses dürfe aber nur provisorisch sein und müsse die endgültige Beschlussfassung, die für alle Mitglieder bindend sein sollte, durch eine Urabstimmung erfolgen. Redner legt ein zu diesem Zweck von ihm ausgearbeitetes Thema (Abstimmungsformular) vor.

Dohmese-Bierjen plaidierte für einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. Man sage, die Mitglieder seien dafür nicht reif, allein leider sei es Tatsache, daß manche Führer für diesen notwendigen Fortschritt nicht reif seien.

Kammerer-Warg: Der Antrag ist gewiss gerechtfertigt, die Erhöhung der Beiträge an sich notwendig. Lebensfalls aber würde die Neuerung große Schwierigkeiten bei der Agitation bereiten, insbesondere in Baden und Elsaß, wo die Ortsgruppen noch so jung sind. Verschiedene kleine Ortsgruppen würden uns ganz bestimmt verloren gehen. Deshalb müssen wir z. Bt. gegen den Antrag sein, bis unsere Mitglieder besser geschult sind.

Bejena-der-Bocholt bedauerte lebhaft, daß bei der Gründung des Centralverbandes vor zwei Jahren der Beitrag nicht sofort höher festgesetzt worden sei. Bei der jetzt vorzunehmenden Erhöhung würden viele Mitglieder abspringen. Auch muß für die Durchführung der so notwendigen Neuerung jetzt der sehr umständliche Weg der Bezirks-Generalversammlungs-Abstimmung und -Zustimmung beschritten werden.

Roder-Nachen hat, nur eine Erhöhung um 5 Pfg. vorzunehmen, da sonst zu viele Mitglieder abspringen und die Zahl der Unorganisierten zu groß werden würde. Dies falle bei den vielen und bedeutenden Lohnabzügen doch zu schwer ins Gewicht. — Den Anteil der Ortsgruppen solle man nicht kürzen, sondern auf 15% belassen.

Fischer-Mülhausen beantragte, vom 1. Jan. 1904 ab den Beitrag auf 20 Pfg. zu setzen und am 1. Jan. 1905 eine weitere Erhöhung um 5 Pfg. eintreten zu lassen. Die Sache sei etwas schnell gekommen, die Mitglieder hätten sich vielfach mit dem Gedanken einer Erhöhung der Beiträge noch nicht ausgekämpft. Speziell im Elsaß und in Baden, wo bekanntlich die Organisation noch so jung sei, müsse vorsichtig vorgegangen werden. Dagegen habe der Verband dort genug zu kämpfen, die Abneigung eines Teiles der Bevölkerung gegen die „Preußen“ spiele auch noch eine Rolle. Nach Lage der Sache müsse er (Redner) gegen eine sofortige Beitragserhöhung stimmen.

Striedl-Augsburg wies darauf hin, daß die früheren Distriktsverbände, auch der bayerische Textilarbeiterverband, mit allzu geringen Beiträgen begonnen hätten. Dies sei ein Erziehungsfehler für unsere Mitglieder gewesen. Redner schilderte dann kurz die traurige Lebensweise der bayerischen Textilarbeiter und bat zum Schluß, eventl. nur eine kleine Erhöhung vorzunehmen.

Roth-Krefeld beantragte, den Beitrag auf 25 Pfg. festzusetzen, jedoch für die weiblichen Mitglieder und die Heimarbeiter den bisherigen Satz beizubehalten.

Hartges-Dülken erklärte sein Einverständnis mit diesem Antrage, während

Kaiser-M. Gladbach darauf hinwies, daß die Bezirksgeneralversammlungen ihre Zustimmung geben müßten. Auf jeden Fall müsse der Gedanke der Beitragserhöhung wach gehalten werden.

Die Kollegen Steinbeck und Müller-Nachen sowie Besch-Krefeld sprachen bezügl. der Kranken- und Sterbenunterstützung den Wunsch aus, es möge eine Altersgrenze für die neu beitretenden Mitglieder festgesetzt werden.

Der Vorsitzende Schiffer teilte mit, daß zwar von einigen Bezirksgeneralversammlungen kein klares Bild über die Zahl der Freunde und Gegner der Beitragserhöhung vorliege, doch diese immerhin die folgende Aufstellung der Wirklichkeit entsprechen:

erhöhung vorliege, doch diese immerhin die folgende Aufstellung der Wirklichkeit entsprechen:

	Für Beitragserhöhung (mindestens 5 Pfg.)	Gegen die Erhöhung
I. Krefeld	70 Stimmen	64 Stimmen
II. M. Gladbach	39	41
III. Nachen	94	—
IV. Barmen	26	—
V. Bocholt	10	58
VI. Bayern	7	14
VII. Oberhein	—	26
	246	203

Eine Majorität für die Erhöhung sei also vorhanden, jedoch nicht die in § 42 des Statuts geforderte Drei-Viertel-Mehrheit.

Dickmann-St. Lönis glaubt, daß die Krefelder Generalversammlung wohl einstimmig für einen Beitrag von 20 Pfg. zu haben sei. Man möge aber die Kolleginnen und die Heimarbeiter verschonen.

Hr. Stegerwald-Köln: Das Resultat der Extrabeiträge gelegentlich der Godesfelder Aussperrung ist m. E. an sich als ein außerordentlich günstiges zu betrachten, da 83% der Mitglieder diese Beiträge voll bezahlt haben. Der deutsche Holzarbeiterverband (freie Gewerkschaft) hat vor einigen Jahren auf dieselbe Weise nur 43% aufgebracht. Tatsache aber ist, daß jedesmal, wenn Extrabeiträge ausgeschrieben werden, eine Anzahl Mitglieder die Fahnenflucht ergreift. Daher ist es besser, die Beiträge auf einmal entsprechend zu erhöhen, um die Massenverhältnisse zu verbessern, daß Extrabeiträge nur noch ganz selten notwendig werden. Am besten ist es, wenn ab 1. Juli d. J. Jahres-ber-Beitrag in etwa erhöht wird und gleichzeitig beschloffen wird, daß mit dem 1. Juli 1904 eine weitere Erhöhung in Kraft tritt.

Schaffrath-Nachen: In dem Zeitungsartikel, der für einen Wochenbeitrag von 50 Pfg. plaidierte, waren klare und stichhaltige Gründe angegeben. Angesichts der Lohnreduzierungen in Krefeld und Deft sollte der Krefelder Bezirk doch ganz energisch für die Beitragserhöhung eintreten. In Nachen hätten wir es begrüßt, wenn man in Krefeld mächtig hätte einsehen können. Eine Urabstimmung hat auch Schattenseiten und unter Umständen muß man auch gegen den Strom schwimmen.

Camps-Bocholt wendet sich ebenfalls gegen die angeregte Urabstimmung. Trotz der schwierigen Verhältnisse in Westfalen sei er für einen 20 Pfg.-Beitrag zu haben. Den Anteil der Bezirke solle man nicht beschränken.

Sistenich-Nachen: Vorläufig ist es verfrüht, über 20 Pfg. hinaus zu gehen. Bei Durchführung der Centralisation hätten die Mitglieder des Krefelder Bezirks einen größeren Sprung wagen und mit für 20 Pfg. eintreten sollen. Dann wären wir heute weiter. Auch am Rhein werden uns Mitglieder abspringen, ebenso wie im Süden, aber diesen Mißstand müssen wir überwinden.

Lenzing-Bocholt: Wir haben die Centralisation gefächelt und müssen nun auch Rücksicht auf die Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen nehmen: Süddeutschland, Westfalen, Schlesien u. Durch einen zu hohen Beitrag wird die heute so erfolgreiche Agitation in Westfalen lahm gelegt. Eine Beschränkung der Anteile der Bezirke ist für Westfalen nicht möglich.

Schloßmacher-Eupen: Unsere Erfahrungen in Eupen sprechen gegen die geäußerten Bedenken. Seit Bestehen der Organisation ist der Beitrag dreimal erhöht worden, und noch jedesmal ist kurz nachher die Mitgliederzahl gestiegen. Die Aussperrung bei Mayer hat uns allein annähernd 300 Mitglieder gebracht.

Lay-Sambrecht: Eine wirksame Beitragserhöhung ist durchaus notwendig, dem können wir uns auch in Bayern nicht verschließen. Mit Rücksicht auf die Mitglieder ist jedoch der heutige Zeitpunkt noch als verfrüht zu betrachten. Redner plaidiert dann noch für eine Verbandskrankengeldzuschußkasse. (Die Verbandsauschussmitglieder stehen in ihrer weit überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkt, daß die Krankengeldzuschußfrage von den einzelnen Bezirken zu regeln sei.)

Der Vorsitzende stellte, da die Debatte geschlossen war, die Frage, ob der Verbandsauschuss unter Berücksichtigung des § 42 des Statuts und angesichts des Abstimmungsergebnisses der Bezirksgeneralversammlungen sich die Kompetenz zuerkenne, eine Beitragserhöhung zu beschließen. Die Abstimmung ergab eine Vereinerung dieser Frage seitens der Mehrheit. Damit waren die direkten Anträge auf Beitragserhöhung abgelehnt. Der Ausschuss stimmte aber nach kurzer

weiterer Debatte mit allen gegen 3 Stimmen folgendem Kompromißantrag zu:

1. Der Wochenbeitrag wird ab 1. Juli 1903 auf 20 Pfg. festgesetzt.
2. Vom 1. Juli 1904 tritt eine weitere Beitragserhöhung von 5 Pfg. in Kraft.
3. Für die weiblichen Mitglieder und die Heimarbeiter bleibt der bisherige Beitrag bestehen.
4. Der Verbandsauschuß fordert die stimmberechtigten Delegierten der Bezirksgeneralversammlungen auf, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Die Abstimmung der Bezirksgeneralversammlungen erfolgt über die einzelnen Positionen getrennt. Das Resultat der Abstimmung (welche auch auf schriftlichem Wege getätigt werden kann) ist bis spätestens 1. Juni 1903 dem Centralvorstande mitzuteilen. Bezügl. der Anteile der Ortsgruppen und Bezirke an den Einnahmen wurde noch folgendes beschlossen:

„Falls die projektierte Beitragserhöhung in Kraft tritt, beträgt vom gleichen Zeitpunkt ab der Anteil der Centralkasse 80 Prozent. Der Anteil der Ortsgruppen wird auf 12%, der Anteil der Bezirke auf 8% festgesetzt.“

(Wir bemerken hierzu, daß beim 20 Pfg.-Beitrag die Bezirke und Ortsgruppen dann praktisch denselben Betrag erhalten wie jetzt, während derselbe beim 25 Pfg.-Beitrag sich entsprechend höher stellen wird.) Ferner wurde noch folgender Antrag Schaffrath's nachstehend einstimmig angenommen:

„Der Verbandsauschuß beschließt, daß unser Statut seitens des Centralvorstandes einer Prüfung hinsichtlich seiner Zweckmäßigkeit — in Berücksichtigung verschiedener im Laufe der Zeit zu Tage tretender Unzulänglichkeiten — unterworfen werden soll. Das Resultat dieser Prüfung soll rechtzeitig, spätestens jedoch bis zur nächsten Verbandsauschußsitzung den infanzmöglichen Weg durchgegangen sein, damit dann darüber beschlossen werden kann.“

Ein weiterer Antrag, vom Nachener Bezirksvorstande gestellt, bezweckte folgendes: Aus dem Nachener Bezirke konnte wegen Gefahr des Arbeitsverlustes kein Kollege dauernd am volkswirtschaftlichen Kursus teilnehmen. Infolgedessen beteiligten sich mehrere Kollegen für ganz kurze Zeit und wurden die zur Verfügung stehenden Gelder nicht ganz gebraucht. Der Antrag bezweckte nun die Ueberweisung der diskutierenden Summe an die Bezirkskasse mit der Maßgabe, daß dieselbe für Ausbildungszwecke benutzt werden müsse. Der Verbandsauschuß lehnte nach kurzer Debatte den Antrag ab, jedoch soll der Nachener Bezirk in diesem Jahre möglichst bei der Beschickung des Kursus berücksichtigt werden.

Der nächste Gegenstand der Verhandlungen betraf die Anträge der Bezirke Barmen und Bayern, die Vorstehenden dieser Bezirke freizustellen. Für die Freistellung (zunächst) wurde der bezügl. Antrag des Bremer Bezirkes (Berater) treten warm ein die Kollegen Schiffer-Krefeld, Stoff-Werben, Leuning-Vocholt und Singer-Mühlhausen, während die Kollegen Schönbrenner-Düren, Steinbed, Schaffrath und Müller-Kuchen sowie Hillekamp-M. Gladbach sich dagegen erklärten. Zum großen Teil war der Ausschluß der Ansicht, daß noch ein Jahr gewartet bzw. die Sache angehen werden müsse. Zum Schluß wurde beschlossen, vorläufig von der Freistellung abzusehen, aber mit großer Majorität den Bezirksvorstehenden Mülling-Barmen und Striebl-Bayern für das laufende Jahr eine Gratifikation als Entschädigung für ihre umfangreiche Tätigkeit und die Nachteile im Arbeitsverhältnis zuerkennen.

An Stelle des bisherigen Gewerkschaftssekretärs P. Giesler in Freiburg (Baden), welcher am 1. April c. von seinem Posten zurücktritt, hat der Ausschluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften unsern Verbandskollegen Franz Fischer in Mühlhausen i. G., Dornacherstraße 57, als Gewerkschaftssekretär für Süddeutschland bestimmt. Für den größten Teil des Gebietes garantiert der Gesamtverband, während der christliche Textilarbeiterverband für den erforderten Zuschuß und das Bureau anzukommen hat. Der Verbandsauschuß genehmigte dieses Projekt nahezu einstimmig und um so lieber, als Kollege Fischer eine anerkannt tüchtige Kraft ist und in Baden und Elsaß ein reiches Feld der Tätigkeit für alle Berufe finden wird.

Inzwischen war auch noch folgender Antrag Kaiser-Hillekamp eingegangen:

„Der Centralvorstand hat sobald als nötig einen Sekretär zur Unterstützung des Centralvorstehenden insbesondere für die innere Bureauverwaltung anzustellen und im Verhältnis zu den übrigen Beamten zu bezahlen.“

Kollege Hillekamp-M. Gladbach begründete den Antrag, indem er auf die Arbeitsüberlastung des Centralvorstehenden hinwies. Derselbe müsse auch Zeit zur Weiterbildung und zur Betätigung im öffentlichen Leben haben.

Der Vorsitzende Schiffer gab die Erklärung ab, daß es ihm unmöglich sei, bei der ständig zunehmenden Arbeitslast in der bisherigen Weise — bei den vielen notwendigen Reisen — die drei Posten: Vorsitz, Redaktion und Kassensführung noch ein Jahr allein zu bewältigen.

Der Antrag fand sodann von sämtlichen Rednern Unterstützung und wurde schließlich einstimmig angenommen.

In einer regen Debatte führte dann noch der Punkt: Reorganisation der Beamtengehälter. Die Bezirke Krefeld und Vocholt hatten ihren Vorstehenden außer dem Gehalt der Centralkasse in Anbetracht der Verhältnisse noch einen kleinen Zuschuß bewilligt. Die Nachener Bezirksgeneralversammlung hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und wünschte Gleichstellung der verschiedenen Beamten (Bezirksvorstehenden). Infolgedessen arbeitete der Centralvorstand eine Vorlage aus, durch welche die Gehaltsfrage nicht nur einheitlich, sondern auch gründlich und dauernd geregelt werden sollte. Insbesondere stellte sich der Centralvorstand auf den Standpunkt, daß die Gehälter je nach dem „Dienstalter“ resp. der Anstellungsdauer periodisch in etwa steigen müßten, da es ungerecht sei, wenn ein älterer erfahrener Sekretär bzw. Vorstehender mit einem jungen Anfänger gleichge-

stellt würde. In den übrigen Gewerkschaften werde die Sache in der Regel ebenso gehandhabt.

Nach einer längeren, teilweise allerdings erregten Diskussion wurden die Vorschläge des Centralvorstandes teils angenommen, teils durch eine minder weit gehende Regulierung ersetzt. Die Einheitlichkeit ist indes durchgeföhrt und dürfen die Bezirke in der Zukunft keine Zuschüsse mehr geben.

Der vorgedachten Zeit halber konnte der Punkt: Internationale Beziehungen betr. nur kurz behandelt werden. Der Vorsitzende berichtete kurz über das Verhältnis zu der holländischen und belgischen Brudervereinigung und teilte mit, daß erfreulicher Weise auch in der Schweiz, sowie in Italien und Frankreich der Anfang mit der Gründung christlicher Textilarbeiterorganisationen gemacht sei bzw. bevorstehe. Gewiß sei in einigen Ländern Vorzicht am Platze, damit man sich nicht mit autoritären Streikbrecherorganisationen verbinde. Der diesjährige Kongreß finde in Enschede (Holland) statt und sollten die Ergebnisse unserer bisherigen internationalen Tätigkeit nebst einem geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der christlichen Textilarbeiterorganisationen in Broschürenform herausgegeben werden, falls der Ausschluß seine Zustimmung gebe.

Nach kurzer Debatte, woran sich die Kollegen Hillekamp und Kaiser-M. Gladbach, Roth und Pech-Krefeld, Schloßmacher-Eupen und Striebl-Augsburg beteiligten, wurde die Herausgabe der Broschüre genehmigt und beschlossen, den Kongreß in Enschede durch sechs Delegierte und zwar durch die Centralvorstandsmitglieder zu bezeichnen.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß die Bezirksgeneralversammlungen (der I. Bezirk wird noch Stellung nehmen) mit erdrückender Mehrheit die neue Reihenfolge der Generalversammlungen (zuerst Ortsgruppen, dann Bezirke und zuletzt Verbandsauschuß) genehmigt und andererseits Ersatzmänner für die Centralvorstandsmitglieder abgelehnt haben.

Damit war die Tagesordnung erledigt und wurden die Verhandlungen vom Kollegen Schiffer mit herzlichsten Dankworten an die Delegierten und den Herrn Stegerwald geschlossen. — Mögen die arbeitsreichen Tage die im allgemeinen so wichtigen und sachlichen Beratungen benutzt werden, reiche Früchte zeitigen zum Heile unseres Verbandes und seiner Mitglieder.

Zur Beendigung des Streiks in Deht.

Der Streik der Sammtweber in Deht ist am 24. März beendet worden, nachdem die Firma einer Kommission der Arbeiter (je einem Ausschußmitglied des „deutschen“, des „niederdeutschen“ und des christlichen Verbandes) weitere Zugeständnisse gemacht hatte. Mit Rücksicht auf die Verbrechen und Missetaten der Gegner erscheint es angebracht, noch einmal kurz den Weg der Dinge unserer Lesern vorzuführen.

Die von den niederdeutschen Sammtfabrikanten allgemein durchgeführte Lohnreduktion hat insbesondere auch die Arbeiter der Firma *W. W. W. in Deht* hart getroffen, zumal hier bezüglich des Materials und der Spezialarbeit ebenfalls nicht alles in Ordnung war. Daß die Unzufriedenheit der Arbeiter — auch der Mitglieder unseres Verbandes — infolgedessen gerechtfertigt oder doch verständlich war, ist selbstredend. Ebenso selbstredend ist, daß unsere Verbandsleitung die Pflicht und die Pflicht hatte, hier nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen. Dies ist unsern Mitgliedern auch klar und unabweislich in einer Mitgliederversammlung am 22. Febr. vom Centralvorstehenden gesagt worden und gleichzeitig wurden die Kollegen ersucht, das erforderliche Material zu beschaffen und nach Krefeld einzuschicken.

Inzwischen aber betrieben die „Deutschen“ unter kriechender Aufsicht der unterirdischen Weberverbändler eine masslose Hege, die zum Teil ihren Grund in persönlichen Differenzen hatte. In einer Fabrikversammlung am 5. März, wo je ein Vertreter der „Deutschen“ und der „Niederdeutschen“ anwesend war, gaben diese ihre Einwilligung zum Streik, während der Ortsgruppenvorstehende unseres Verbandes die Erklärung abgab: „Die Christlichen werden nicht Streikbrecher spielen!“ Dieses letztere, an sich selbstverständlich, bedeutete jedoch nicht die statutenmäßig erforderliche Einwilligung unseres Centralvorstandes, der sich mit der Sache noch gar nicht befaßt hatte. Um jedoch scharfen Zusammenstoßen mit den „Deutschen“ anzuhelfen, reichten unsere Mitglieder gleichzeitig mit den anderen die Kündigung ein — ohne die Einwilligung des Vorstandes.

Dies ist des Pabels Kern, der schwer ins Gewicht fiel und dem Vorstand ein Entgegenkommen außerordentlich erschwerte. Welche Behandlung aller Mitglieder im Geiste des Statuts wärsen und werden wir im Interesse der Gerechtigkeit und gewerkschaftlichen Disziplin durchzuführen, trotz allem Gehässen der Gegner.

Diese würden es nun allerdings außerordentlich gern gesehen haben, wenn der Vorstand den Mitgliedern wegen ihres Verhaltens die Unterstützung versagt hätte. Sie hätten dann wieder das schöne Lied von den christlichen Arbeiterverbändlern und der Streikbrecherorganisation singen können. Eine Generalprobe hierzu haben die Gegner bei den Richtungen trotzdem abgehalten; leider endete der Versuch mit einem Mißschlag, da unsere Mitglieder viel reichlicher unterstützt wurden, als die Deutschen und die Weberverbändler.

Die Firma bewilligte zunächst dem Verbandsvertreter *W. W. W.* ein Jammergeld gar nicht, dann einige Tage später dem Arbeiterauschuß auf 1000% Werte 2 Pfg. und bei faconierten Artikeln mit Nebenbäumen 5 Pfg. pro Baum netto für Doppelpfänder. (Früher wurden hier 33% abgezogen.) Damit gab sich die Belegschaft indessen naturgemäß nicht zufrieden. Die Vertreter des christlichen Textilarbeiter-Verbandes, Schiffer und Pech, nebst zwei Ausschußmitglieder unterzeichneten daraufhin mit der Firma und ergielten auf 1000% Werte weitere 2 Pfg. und ferner auf den Federpfählen mit Seitenpfählen 5 Pfg. pro Meter mehr. Außerdem erklärten die Firmeninhaber auf Ehrenwort, daß sie „weiter jetzt noch später, weder den Christlichen noch den Vertretern der anderen Verbände mehr bewilligen würden.“

Da keine Bewilligung vorlag, an der ehrenwörtlichen Versicherung der beiden Herren Fabrikanten zu zweifeln, mußten die Führer des christlichen Verbandes zur Beendigung des Streiks raten. Der Rat wurde nicht befolgt, man streifte weiter — gerade weil die Christlichen obige Zugeständnisse herausgeholt hatten. Die Firma hat nun später, wie bereits eingangs erwähnt, ihre ehrenwörtliche Versicherung „vergessen“ und — um mit dem Bürgergeschicklichen der Weberverbändler zu reden — den Arbeitern noch „einige Brocken hingeworfen“. Man war alles gut, die Christlichen mit ihrem guten Glauben, es sei nichts mehr herauszuholen,

auf dem Holzwege, Material für eine neue Hege zur Stelle, Luz — es konnte losgehen. Punktum!

In überschwänglichen Redensarten und Phrasen wird der „gewaltige Sieg“ gefeiert. Eine Menge „Erregungsstoffe“ läßt die glückseligste Unruhe unter Ausschluß der Deutlichkeit erscheinende „Gau... Fachgeitung“ hingu, und der Knalligkeit ist da. Die jungen Deutschen und die mageren Weberverbändler haben inzwischen längst den ganzen christlichen Textilarbeiterverband berüßelt — im „Geiste“ natürlich.

Welche „Phantastie“ namentlich die „Deutschen“ in ihrem Centralvorkommen entwickeln, mag beispielweise daraus hervorgehen, daß man von den 900—1200% Werken als „Erregungsstoff“ 6—10 Pfg. und 5—8 Pfg. Ergänzungslohn angibt, während die Steigerung in Wirklichkeit nur 2—3 Pfg. beträgt. Außerdem werden diese Werte nur vereinzelt gemacht, abgesehen von den 1000%, worauf wir eine Höherhöhung erzielt haben. Bei den 700% gibt man einem „Ergänzungslohn“ von 8—10 Pfg. an, tatsächlich beträgt die Erhöhung 2—4 Pfg. Nehalich verhält es sich mit den übrigen Annahmen. Das einzige, was ins Gewicht fällt, sind 5 Pfg. Erhöhung für Jacquardwerke (weispfändig), allein die betr. Arbeiter erklären auch heute noch, der Lohn stehe viel zu niedrig, da die Differenz nach unten gegen früher noch 12 Pfg. beträgt. Die Bergzahlung für Gorknoten, die um 1 Mt. gefallen ist und für den Arbeiter durchschnittlich etwa 3 Mt. im Jahre ausmacht, bringt man sogar in Fettdruck.

Noch schöner macht man's mit unseren Mitgliedern. Der den Artikel des Gausbüchchens liest, bekommt den — natürlich berechneten — Eindruck, daß unsere 180 Mitglieder zählende Ortsgruppe Deht mit Mann und Maus sich den „Deutschen“ an den Hals geworfen hätte. Tatsache ist, daß während und wegen des Streiks bezw. unserer Haltung während desselben bis jetzt noch kein einziges Mitglied ausgetreten ist. Alles purer Schwindel! Die „Deutschen“ versuchen sich eben als zeitgemäße Ueberschwinder von Zeit zu Zeit ein wenig im „Spiritus“ zu geben, sie glauben in den christlichen Arbeitern wissbegierige „Rebellen“ gefunden zu haben. Die Arbeiter aber sind die schönen Worte längst gewohnt, sie sehen auch ein wenig auf das Reale und empfinden es nicht gerade verlockend, wenn die „Deutschen“ und Weberverbändler nur rabuläre Reden halten, aber mit der Streikunterstützung nicht recht herausrücken wollen. Da sind die hohen Christlichen doch nobler, sie zählen wenigstens für die ganze Dauer des Streiks die Unterstützung aus.

Auch die Weberverbändler quelen in ihrem Bürgergeschicklichen aus Selbstkräften mit ihren sonstigen Lobesreden um die Welt — gegen die Christlichen. Sie hoffen auch, hier und da einen Abtrünnigen unseres Verbandes als Hapen zu erjagen und legen sich auf hohe Pferde, obgleich das „Verbändel“ beinahe in der „Schlacht bei Deht“ in die Brüche gegangen wäre. Wir wollen nicht periphrastisch werden, aber wenn wir uns die — nun sagen wir einmal — sehr angfällige Haltung des total unselbständigen und wackeligen Vorstehenden während des Streiks vergegenwärtigen, wenn wir daran denken, daß er unsere Ansicht über den Stand des Streiks völlig teilte, dann müdet uns die lobende Phrasendeklamation der „Fachgeitung“ des Bürgerweberverbändchens recht komisch an.

„Vor vier Jahren war es genau dasselbe“, ruft das Fachbüchchchen pathetisch aus. Nein, verehrteste „Bürgerin“, ein Unterschied ist doch da und zwar ein sehr großer. Unsere Mitglieder haben in diesen vier Jahren gelernt, sie glauben nicht mehr dem ersten besten Bödgengericht. Ueberdies bitten sie die besonnenen Taktik ihrer Führer, daran kann auch ein eventueller „Niederdeutscher-Deutscher Zweifler“ nichts ändern.

Zur Lohnbewegung in den Nachener Lohnweberereien.

Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der in den hiesigen Lohnweberereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde am Freitag Abend seitens des christlichen Textilarbeiterverbandes in der „Niederrheinischen Straße“ abgehalten. Der Saal war bis zum letzten Platze besetzt. Seitens des „deutschen“ Verbandes war Herr aus Krefeld anwesend. Es wurde dem Herrn seitens des Vorsitzenden bedeutet, daß er sich lediglich als Zuhörer zu betrachten habe. Kollege Giffenich gab dann bekannt, daß die seitens der Vereinigung der Lohnweberereier in Aussicht gestellten Verhandlungen endlich am Dienstag zustande gekommen seien. Die Lohnkommission habe mit drei Vertretern der Arbeitgeber unter dem Vorsitz eines „Unparteiischen“ am Dienstag von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends und am Mittwoch von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends verhandelt — und das Ergebnis sei ein neuer Mindesttarif, der am Montag in allen der Vereinigung angeschlossenen Lohnweberereien aufgeführt werden solle. Bei den drei oder vier der Preisreduktion nicht angeschlossenen Firmen werde es Sache der Belegschaft sein, den Tarif zu fordern. Der Vorsitzende verlas den vereinbarten Tarif und verglich ihn Punkt für Punkt mit dem von der Lohnkommission aufgestellten Tarif. Es ergibt sich, daß ein ganz Unbeachtliches seitens der Arbeitgeber nachgelassen werden soll, während in manchen Positionen Verbesserungen eintreten sollen. Für die Allgemeinheit der in den Lohnweberereien beschäftigten Arbeiter bedeutet — so resümierte der Vorsitzende — der vereinbarte Tarif einen entschiedenen Fortschritt. Es werden auch die Arbeiterinnen mit den Arbeitern gleichgestellt, sie unterbieten also nicht mehr den Mann, und es ist nach Einführung des Tarifs auch nicht mehr möglich, die Weber in den Fabriken mit dem Hinweisse auf die Lohnweberereien zu drücken.

Der vereinbarte Mindesttarif ist folgender:

	Grundtage 11 1/2 Pfg.
1. Weiße Kammer- und Gehilfenarbeiten bis 7000 Faden 1. schäfl. 14 Schäfte	
2. Bis 7000 Faden von 15 bis einjahl. 24 Schäfte	Über die Grundtage mehr 1/2
3. Bis 7000 Faden über 24 Schäfte	weiter mehr 1/2
4. Von 7001 bis 10000 Faden	Über die Grundtage mehr 1/2
5. 10001 Faden u. höher	mehr 1/2
6. Arbeiten mit Unterbüßel	Über die Grundtage mehr 1/2
7. Keine Streichgarnketten	1
8. Arbeiten mit Streichgarnunterkette	1 1/2
9. Kammer- Ketten mit Streichgarnschuß (mit Ausnahme der 3 schäfl. Damentariffe)	1/2
10. Für färbefähige Arbeiten mit uni bewickelten Baumwollgarnen oder Baumwollgarnen, mit Ausnahme des sog. Kästchels	Über die Grundtage mehr 1/2
11. Für farbige Arbeiten	1
12. Vereinfachte Figur, jedoch nur solche, die durcheinander gereiht	Über die Grundtage mehr 1/2
13. Knapparbeiten bis 200 Schuß	1 1/2
Knapparbeiten über 200 Schuß	1
14. Bei 2 Körne	2
15. 6 Körne- Arbeiten	2
16. Stähle mit Tourenschuß von 68 bis 80 Schuß, wobei 68 Schuß als die unterste Grenze der zulässigen	

Stähle mit Lötungsmaß von 80-90	weniger	1/2
" " " " " " " " " "	"	1
" " " " " " " " " "	"	1 1/2
" " " " " " " " " "	"	2
17. Ueber 3 Schichten von jedem weiteren	mehr	4 1/2
18. Knoten pro 100 Faden bei Ketten von 1 Stück	"	5
" " " " " " " " " "	"	5
" " " " " " " " " "	"	4
19. Kammanhängen pro Schicht, wenn der Webstuhl bei teilweiser Mithilfe des Webers	"	10
20. Maßgebend ist der Kupfer- und Stoptarif der Fabrik, für welche die Arbeit verwebt wird.	"	5

Hieraus ist ersichtlich, daß die Abweichungen von dem von den Arbeitern aufgestellten Tarif ganz minimal sind. Die Schöne sind viel mehr um 10-25% erhöht worden. Die Sache ist also nicht — wie die „Deutschen“ es prophezeiten und wünschten — wie das „Hornberger Schießen“ ausgefallen. In die „Deutschen“! Sie haben in dieser Bewegung eine derart eigentümliche Rolle gespielt, daß man sich vergebens fragt, ob man noch mit einer Arbeiterorganisation zu tun hat. In der oben bezeichneten Versammlung haben sie das Menschenmögliche geleistet, um die ganze Sache zum Scheitern zu bringen. Sie hatten sich als „Sprenghölzer“ organisiert und machten einen derartigen Vorschlag, daß die Versammlung mehrmals vor der politischen Auffassung stand. Es gilt zu prüfen, ob sie in ihrer ohnmächtigen, arbeiterverderblichen Wut wie letzten Juno. Wir werden das Schreiben dieser Brüder in nächster Nummer der gebührenden Kritik unterziehen.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Barmen. (Neue „deutsche“ Streikbr — par-don Arbeitswillige.) Der Streik bei der Firma Lucas und Bockelberg wird weiter geführt; von den ca. 170 ursprünglichen Beteiligten haben etwa 80 bis 90 vorläufig andere Beschäftigung erhalten. Mehrere Arbeiter, darunter verschiedene Mitglieder des deutschen Textilarbeiterverbandes, sind nicht mit in den Zustand getreten, sondern verrichten Streikarbeit. Weiter haben in letzter Zeit auch verschiedene Streikende, zum Teil ebenfalls Mitglieder des „Deutschen“ die Arbeit wieder aufgenommen. — Darüber schweigen unsere „roten Brüder“ natürlich; desto bezeichnender aber ist die Handlungsweise der Genossen Köhlig, die wir kürzlich gekennzeichnet haben.

Bedburg. Die Arbeiter der Firma Bedburger Wollindustrie (Generaldirektor ist der königliche Kommerzienrat Silberberg) haben trotz der sehr hochgehenden Konjunktur über verschiedene Mißstände zu klagen. Insbesondere wird ihnen die Anerkennung des Arbeiters als „Mensch“ ausgedrückt nicht alsbaldigen Grundes verweigert. — In der letzten Zeit hat die Direktion unter der Arbeiter eine Broschüre verstreut lassen: „Der Wert der Sozialdemokratie für die Arbeiter“, worin ein abgefaßener Sozialdemokrat (Kochmeister Fischer in Berlin) seine Erfahrungen in der sozialdemokratischen Partei schildert. Hr. Kommerzienrat Silberberg scheint also das Bistümchen der Arbeiter zu haben, die Arbeiter des Wertes vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Ob er dieses Ziel gründlicher erreicht, wenn er die Arbeiter anzuweilt, die christlichen Organisationen beizutreten? — Aber halt, nein! Diese bezw. die christlichen Führer sind in den Augen des Königl. Kommerzienrats Silberberg mindestens so gefährlich wie die Sozialdemokraten. Dies kam u. a. in einer Rede zum Ausdruck, die der Herr Kommerzienrat am 1. Februar c. den Bergarbeitern der Gruben Fortuna und Heiligengrube in Bergheim gehalten hat. Nach dem Bergheimer „Intelligenzblatt“ ermahnte er die Arbeiter, „nicht den sogenannten Volksbegleitern Glauben zu schenken, welche unter dem Deckmantel „für das Wohl der Arbeiter“ zu sorgen und sich christlich nennen“ mit solchen Worten dem Arbeiter das schmutzige Gewand versprachen, dabei jedoch das Gegenteil im Auge hatten.

Wir wollen uns die Kritik dieses „geschmackvollen“ Ausführens etwas aussparen, stellen aber wieder einmal fest, daß dem Königl. Kommerzienrat Silberberg jede Arbeiterorganisation, die nicht in seiner Gewalt steht, ein Dorn im Auge ist. Alles hat aber seine Grenzen, — auch unsere Geduld — das können wir dem Herrn Kommerzienrat versichern.

Am Mittwoch, den 25. März fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Der Centralvorstande Schiffer-Kesfeld referierte in 1 1/2 stündigem Vortrage über die Entscheidung und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. Redner wies in überzeugender Weise nach, wie notwendig eben durch das Treiben der deutschen (sozialdemokratischen) Gewerkschaften die Gründung von christlichen Gewerkschaften geworden sei, indem ein christlicher Arbeiter, der seiner religiösen und politischen Überzeugung treu, in den sozialdemokratischen Gewerkschaften unmöglich sein könne. Redner betonte ganz besonders, wenn es den Arbeitgebern wirklich ernst sei, die Sozialdemokratie von ihren Arbeitern fern zu halten, dann wäre dazu das allerbeste Mittel, ihre christlichen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften zuzuführen; denn die christlich organisierten Arbeiter werden auf jeder Versammlung und in jedem Fachgange aufgefordert, trenn und gewissenhaft ihre Pflichten zu erfüllen, dann aber, auf der anderen Seite, müssen die Arbeitgeber für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen sorgen und Recht und Gerechtigkeit hoch halten. Der Beifall, der dem Redner gezollt wurde, zeigte, daß die Bedburger Kollegen mit den Ausführungen des Redners voll und ganz einverstanden waren. Hierauf besprach ein Kollege die hiesigen Verhältnisse und forderte die Kollegen auf, sich immer mehr den ersten Aufgaben der Gewerkschaft zu widmen und nicht die vielen Vergünstigungen als Hauptaufgabe zu betrachten. Nachdem der Vorsitzende noch einen warmen Appell an die Kollegen gehalten, immer trenn und fest zur Fahne der christlichen Gewerkschaft zu halten und fest dem Centralvorstande zu vertrauen, schloß er die schon verlaufene Versammlung.

Wohlf. Seit Neujahr regt es sich hier in unserer Gegend allwärts. Fast neue Ortsgruppen sind in dieser Zeit gegründet worden. Vier derselben sind schon durch Abhaltung größerer Versammlungen an die Öffentlichkeit getreten und entwickeln sich dieselben gut. Eine wurde noch am 25. März im Stillen gegründet und steht auch hier zu hoffen, daß mit der Zeit an diesem Orte eine feste Ortsgruppe entstehen wird. Es werden nun viele unserer Mitglieder fragen, was nun zu tun ist? Nun, hier in Westfalen ist man unsere Hoffnungen noch zu sehr abgeklärt. Man schäme sich nicht, die Arbeiter mit der Drohung ein: „Wenn Ihr dem Verbandsgebiet treu bleibt, dann werdet Ihr gelohnt!“ Das nun die Arbeiter angänglich sind, läßt sich begreifen, wenn man auch nicht begreifen kann, wie man einem Arbeiter Schwierigkeiten bereiten will, weil er sich beruflich organisiert. Vorurteil und Unkenntnis der Verhältnisse kann dieses nur zu stande bringen. Darum bedarf es hier bei Neugründungen einer langen Vorarbeit. Wir hoffen aber, daß mit der Ausdehnung und der zunehmenden Stärke unseres Verbandes auch die Vorurteile mehr schwinden und die Arbeiter mehr Vertrauen zur Organisation erhalten. Wenn nicht Alles trägt, dann wie in Bielefeld noch 6 neue Ortsgruppen entstehen. Es wird rege gearbeitet, und so hoffen wir am Jahresabschluss unsern Verbandsgebiet weit ausgedehnt zu haben und dadurch auch weit weniger Schwierigkeiten zu finden. Darum alle Kollegen, die hieran mitarbeiten können, eingetreten für unsere Sache. In allen Ortsgruppen muß rege Leben herrschen bei allen Mitgliedern, besonders müssen alle an den Versammlungen teilnehmen, dort gibt es Gelegenheiten zur gegenseitigen Aussprache und Ermunterung.

Wohlf. Süd. Am 8. März hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung bei Schwinges ab, wo Kollege Deming Bericht erstattete über die letzte Bezirks-Generalversammlung, an der sich eine Diskussion anknüpfte über die geplante Beitragsverhöhung. Dann folgte die Ersetzung eines Vorstandsmitgliedes. Es wurde in geheimer Wahl fast einstimmig Kollege Wilt. Klein-Uebbing gewählt, der die Wahl dankend annahm. Darauf wurde beschlossen, sich wieder, und zwar am 25. März eine Versammlung abzuhalten, um den Anfang zu machen mit den Vorträgen über die Versicherungsangelegenheiten. Die Versammlung fand denn auch am 25. statt und wurde vom zweiten Vorsitzenden eröffnet und geleitet. Er stellte der Versammlung anheim, ob ein Vortrag gehalten werden sollte, oder ob der Vorsitzende Bericht erstatten sollte über die Verbands-

ausschließung. Die Versammlung entschied sich für das letztere. Der Vorsitzende berichtete nun in ausführlicher Weise, und es entspann sich eine rege Diskussion über den Punkt Beitragsverhöhung. Man war allgemein der Ansicht, daß man mit der Erhöhung der Beiträge hätte warten müssen, bis unser Verband über ganz Deutschland verbreitet sei und es so allen Arbeitern der Textilbranche möglich werde, schon Mitglied zu sein. Es mußte der Gedanke der Organisation keinem mehr fremd sein. Es wurde dem Vorstande, der ja vor Juni dieses Jahres schriftlich hierüber abstimmen soll, anheim gegeben, ganz vorläufig zu sein, und vor allem nicht dafür zu stimmen, daß der Beitrag vom 1. Juli 1904 um wieder 5 Pfg. erhöht werde. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

Borghorff. Recht zahlreich hatten sich unsere Mitglieder heute wieder zu der Versammlung eingefunden und auch noch manchen bis jetzt fernstehenden Kollegen mitgebracht. Vom provisorischen Vorsitzenden, Kollegen Josef Klotterkamp, wurde die Versammlung mit einer kleinen Ansprache eröffnet. Sodann erhielt das Wort der Kollege Ehling aus Geseßfeld. Derselbe besprach den Zweck und die Aufgaben unseres Verbandes. Auch der anwesende Kollege Rühlmann aus Geseßfeld richtete einige Worte an die Mitglieder. Es meldete sich auch wieder eine Anzahl Kollegen dem Verbandsan. Nun fand die Wahl des Vorstandes statt und wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden der Kollege Josef Klotterkamp mit großer Majorität, zum zweiten Vorsitzenden H. Beckmann, zum ersten Kassierer H. Thier, zweiter Kassierer H. Seegers und Friedrich Richter als Schriftführer. Auch wurden noch mehrere Vertrauensmänner gewählt, weil unsere Mitgliederzahl heute schon annähernd 400 beträgt. Zum Schluß wurde uns die große Ueberzeugung zu teil, unsern mit frohem Jurst empfangenen Bezirksvorsitzenden in der Mitte zu sehen. Derselbe hatte im drei Stunden entsetzten Reden heute auch eine Ortsgruppe gegründet. Derselbe richtete noch vor Schluß der Versammlung, obwohl sehr ermüdet, wahrhaft goldene Worte an die Mitglieder. Möge der schöne Geist weiter in unserer Ortsgruppe herrschen und die Mitglieder immer rege an dem Vereinsleben teilnehmen, dann wird unsere junge Ortsgruppe blühen und gedeihen zum Wohle aller Mitglieder.

Fulda. Am 21. März hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab, welche gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende Kollege Geier Bericht erstattete über die Bezirksgeneralversammlung in Aachen, ertheilte derselbe das Wort dem Vorsitzenden der christl. Hausandwerker Fulda's, Kollegen Weder. Redner hielt einen Vortrag über die Regelung der Arbeitszeit unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftstätigkeit auf diesem Gebiete. Zu wohlüberdachten Vorträge schilderte er die Schäden der langen Arbeitszeit, wo Geist und Körper des Arbeiters abgenutzt werden, so daß derselbe anstatt daran zu denken seine Lage, dem heutigen Zeitgeist entsprechend in etwa zu verbessern, immer mehr herabfällt und sich und seine Familie allmählich zu Grunde richtet. Durch Beispiele wies Kollege Weder nach, daß durch längere Arbeitszeit ebensolche geleistet wird und dem Arbeiter dann auch noch Zeit übrig bleibt, sich mehr seiner Familie und seiner geistigen Ausbildung widmen zu können, um auf diese Weise einen gesunden Arbeiterstand für die Zukunft heranzubringen zu können. Dieses alles könne aber nur zur Durchführung kommen durch die Gewerkschaft. Redner schloß mit einem warmen Appell an alle anwesenden Kollegen, der Organisation beizutreten, aber auch (was die Hauptfrage sei) auszuhalten und mitzuwirken, denn nur dadurch könne etwas Vollständiges erreicht werden, wo jeder seine Schuldigkeit tue. Großer Beifall wurde dem Redner von seinen der anwesenden Kollegen zu teil. Nachdem begrüßte der Vorsitzende einige unorganisierte Kollegen. Dieselben versprachen, unserer Ortsgruppe beizutreten zu wollen, was allgemein mit Freuden begrüßt wurde. Darauf wurde, nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt und zu treuem Zusammenhalten angeeifert wurde, die Versammlung geschlossen.

W. Gladbach. In Nr. 11 unseres Organes berichteten wir über ein Wortmährchen in der Firma Nähe u. Kassel. Heute müssen wir uns wieder ein wenig mit derselben beschäftigen. Ein Mitglied unseres Verbandes war bei dieser Firma mit seiner Tochter beschäftigt. Wegen eines Verfehlers oder Furtums (sie hatte unterlassen rechtzeitig Kaffeewasser zu holen) vom Meister zur Rede gestellt, soll die Arbeiterin sich erlaubt haben, zu sagen, worauf der Meister bemerkte: „das werde ich dir anrechnen“. Dieses „Anrechnen“ bestand darin, daß dem Mädchen am kommenden Samstag gelündigt wurde. Im Laufe der folgenden Woche nahm nun der Vater mit einem der Firmeneinhaber dierhalb Rücksprache, und erklärte dieser, daß es ihm recht sei, wenn das Mädchen bliebe, er müsse aber zu dem Firmeneinhaber der Firma gehen, ob es diesem auch recht sei. Als nun der Arbeiter bei diesem vor sprach, bemerkte derselbe: „Ja, wenn der Zeitungsausschnitt nicht wäre, jetzt nein!“ Am anderen Tage wurde dem Vater auch gelündigt. Dieser nahm sich nun die Freiheit und fragte, warum ihm denn eigentlich gelündigt worden sei? Die Antwort lautete dahin, daß man ohne weiteres kündigen könne und brauche hierzu keinen Grund anzugeben. Sonderbarerweise wurde aber einem Mitarbeiter ein paar Tage später von seinen dem Firmeneinhaber gesagt, daß dem Arbeiter aus dem Grunde gelündigt worden sei, weil er die ganze Ursache in die Fabrik hineingetragen habe, derselbe sei ein „Fehler“. Wir können aber die Versicherung geben, daß wir den Arbeiter als tüchtig und besonnen kennen gelernt haben, und mögen die Herren sich in Zukunft mal zurecht bedenken, ehe sie ein solches Urteil über einen Arbeiter abgeben. Auch bezüglich des Artikels in der Zeitung will man diesem Arbeiter die Schuld aufbürden. Hier ist derselbe ebenfalls ganz ungeschuldig. Die ganze Ursache in der Fabrik liegt nicht an den Arbeitern, sondern an den Herren selbst. Nach unseren Informationen haben die Arbeiter verschiedentlich Recht, auszusprechen zu sein.

Was aber die Arbeiter der Firma zum größten Teile betrifft, so konnte man bei Gelegenheit einer Fabrikantenversammlung die Wahrnehmung machen, daß es dort viele gibt, die eine große Dosis von Furcht resp. Feigheit befeuchtet haben, denn ein Arbeiter, der seine Pflicht tut, braucht doch nicht eine Versammlung zu verlassen, wenn der Meister sich setzen läßt. Ober liegt es vielleicht daran, daß diese Arbeiter unorganisiert sind? Wenn dies der Grund sein sollte, so wäre für diese nichts besser, als sich der Organisation anzuschließen, so wäre sie wirklich in der Lage, ohne Angst mit ihren Mitarbeitern über ihr Arbeitsverhältnis beraten zu können.

Gerolz (bei Schlachten). Am 22. März fand hier selbst eine Versammlung unserer Ortsgruppe statt, zu der auch mehrere dem Verbands noch fern stehende Kollegen erschienen waren. Es waren auch anwesend der erste und zweite Vorsitzende der Ortsgruppe Fulda. Kollege Geier sprach über die Wichtigkeit der heutigen Zeit in bezug auf die Organisation. Er wies darauf hin, wie alle Stände sich zusammenschließen und auch der Arbeiterstand das gleiche Recht beanspruchen dürfe, und es deshalb Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich einen Platz in der Organisation zu sichern. Er forderte die neu erschienenen Kollegen auf, dem Verbands beizutreten und die jetzige Ansicht fallen zu lassen, da bei uns in Versammlungen niemals in bezug auf Konfusion die Rede sein darf und sein wird. Daraufhin traten die anwesenden Unorganisierten dem Verbands bei. Bemerkenswert sei noch, daß die Meinung, unsere Ortsgruppe hätte sich aufgelöst ein Furtum ist. Wir sind und bleiben treue Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes Deutschlands und werden uns durch nichts irren machen lassen.

Krefeld. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband läßt für die Streikenden der Firma Bretthal u. Cie. Sammellisten circularisieren. Wir machen unsere Verbandsmitglieder darauf aufmerksam, daß die Listen uns nichts angehen und zurückgewiesen werden müssen. Unsere beteiligten Mitglieder werden reichlich aus der Kasse unterstützt.

Krefeld. (Eingekandt.) Nachdem der Streik in Debt beendet ist, möchte ich mit einigen Worten auf denselben zurückkommen. Bekanntlich hatte unsere Verbandsleitung, nachdem die Firma Wilmes Angelegenheiten gemacht, sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Streik auch jetzt zu beendigen sei, weil unsere Führer der Ansicht waren, daß der Erfolg eines weiteren Streiks die Opfer nicht aufwiegen würde. Daß diese Ansicht die richtige war, sollen folgende Zeilen beweisen.

In den 14 Tagen, die der Streik länger gedauert, haben die 230 Arbeiter einen Lohnausfall von 3600 Mk. gehabt, wenn 18 Mk. wöchentliches Verdienst angennommen und wöchentlich 10 Mk. Streikunterstützung abgerechnet werden. Nehmen wir nun an, daß nach dem letzten Erfolg noch 100 Arbeiter wöchentlich 1 Mk. mehr verdienen können, so muß die Belegschaft doch 26 Wochen arbeiten, ehe sie diesen Lohnausfall wieder gemacht hat. Nun ist es aber klar,

daß kein einziger Sammler am Riebertheim gewillt ist, noch 26 Wochen für die jetzige Lohnliste, auch wie sie jetzt bei Wilmes eingeleitet wurde, zu arbeiten, besonders auf seine „Doppelpflicht“. Oder doch? Wir wollen hoffen, daß die Bedingungen, wie sie auf der Wiesener Konferenz und auch vom christlichen Verband für den allgemeinen Ausnahmefall festgelegt, eher erfüllt sind, denn nach 26 Wochen wäre es meiner Ansicht nach vergebens. Der Zweck dieser Fellen soll nun nicht sein, den Erfolg von Debt herabzusetzen, sondern die Kollegen vor einem solchen Schritt zu warnen. Am Tage nach Beendigung des Streiks meinte ein Krefelder Kollege schon, bei seiner Firma könnte man auch jetzt schon vielleicht nach einem Streik von 2-3 Wochen einige Pfg. Ergänzungslohn mehr bekommen. Zugegeben, daß dieses nicht nur bei dieser, sondern bei den meisten Firmen der Fall sein soll, indem das höchst zulässige wohl von keiner Firma bezahlet wird, so möchte ich doch davon abraten und zwar deshalb, weil erstens der Erfolg die Opfer nicht aufwiegt, wie obige Zahlen beweisen, und zweitens, weil ich es nicht für richtig erachte, zu verhandeln, innerhalb dieser Lohnliste, wogegen wir doch so entsetzlichen protestiert haben, Angelegenheiten zu belassen. Keines Wissens wurde diese Frage schon auf unserer ersten Sitzung der Krefelder Sammlervereinskommission aufgeworfen und in meinem Sinne entschieden. Ich möchte deshalb den Wunsch äußern, unsere Verbandsleitung möge für seine Belegschaft einer Sammlerfirma den Streik bewilligen, aber auch keine Unterstützung, damit wir unser Pulver nicht in kleinen Vorpostenkämpfen verfehlen.

Krefeld. Die Differenzen bei der Firma Bretthal sind noch immer nicht erledigt. Der Verband der Arbeitgeber für Textilindustrie hatte am 28. März, morgens 11 Uhr, fünf Arbeiter der Firma Bretthal eingeladen, um durch eine Kommission sich die Dinge, die sich in der Fabrik abgespielt hatten, vortragen zu lassen. Herr Schellekes (Sammlerfabrikant) führte den Vorsitz. Auf seine Anfrage, ob die fünf Personen, die eingeladen waren, erschienen seien, wurde von den Delegierten der Arbeiter erwidert, daß die Belegschaft acht Personen bestimmt habe, außerdem seien zwei Verbandsvertreter dabei. Herr Schellekes bedauerte, dann nicht in eine Prüfung der Sachlage eintreten zu können. Die Arbeitgeberkommission habe den Auftrag, mit den Bestellen fünf Personen zusammenzukommen. Auf Vorschlag des Herrn Treumann und nachdem die Delegierten sich damit einverstanden erklärt hatten, wurde erwidert, andern Tags, also am 27. März, eine neue Besprechung abzuhalten. Zu dieser Besprechung sollten fünf Delegierte der Arbeiter entsandt werden und die fünf, die von den Arbeitgebern eingeladen worden waren. Die Besprechung am 27. März wurde wieder von Herrn Schellekes geleitet und einnahm man aus derselben, daß die Dinge sich im wesentlichen so abgespielt hatten, wie es in der vorigen Nr. unser „Textilarbeiter“ den Lesern mitgeteilt worden ist. Die Kommission erklärte nach Anhörung der Anwesenden, in Verhandlungen nicht eintreten zu können, sie habe an einer Fabrikantengeneralversammlung nur Bericht zu erstatten. Auf die Frage unseres Bezirksvorsitzenden, ob Herr Bretthal denn auch nicht in Verhandlungen mit den Arbeitern eintreten könne, erhielt er zur Antwort, Herr Bretthal könne machen was er wolle. Es wurde daraufhin vereinbart, am Samstag, den 28. März bei Herrn Bretthal vorzusprechen. In der nun zwischen Herrn Bretthal und zwei Angehörten einerseits und einer Kommission der Arbeiter andererseits abgehaltenen Verhandlungen hat Herr Bretthal die Kommission der Textilfabrikanten hat mitgeteilt, ich brauche die Arbeiter Frieden, Gütlichkeit und Eden nicht mehr einzuflehen. Alle Ausführungen, die seitens der Delegierten gemacht wurden, auch nicht die Befundungen von Baer, daß man sich mit der Art des Vorgehens der Arbeiter nicht einverstanden erklären könne, konnten die Ansicht des Herrn Bretthal, die mit der Ansicht der Fabrikantenkommission übereinstimmt, nicht erschüttern. Der Herr erklärte kurz: Ich bin bereit, aber alle sonstigen Differenzpunkte mit den Arbeiterdelegierten zu verhandeln und den Arbeitern entgegenzukommen, aber betreffs Einstellung der drei Personen gibt es keine Verhandlungen; ich will Ruhe in meiner Fabrik haben. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen und vertagten die Delegierten das Verhandlungszimmer. Bemerkenswert ist, daß der Arbeiter Koppes, der von Frieden in der Fabrik angerechnet wurde, freiwillig auf seine Wiedereinstellung in der Fabrik verzichtete wollte, wenn Frieden sich ebenfalls dazu bereit erklären würde. (Darauf wird er jedenfalls noch etwas warten können.) Die Mitglieder des christlichen Verbandes (?) werden ebenfalls unterstützt; dieselben sind nämlich vom Arbeitgeber beim Ausbruch des Streiks aus der Fabrik hinausgeschickt worden.

Langerfeld. Am Freitag, den 27. März fand eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe statt, welche Kollege J. Pedrotti eröffnete und leitete. Kollege E. Pedrotti hielt einen Vortrag über Opferwilligkeit. Redner führte aus, daß wir noch mehr Opferwilligkeit sein müßten. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß mit großem Vermögen Streik verhinbert werden können. Redner erinnerte nur an den Dachbrüderverband. Ohne die Opferwilligkeit seiner Mitglieder bestünde er nicht die gewaltigen Mittel. Nach dem Vortrage erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Bezirks-Generalversammlung. Bei der Anfrage, wie sich die Mitglieder zu dem Antrage auf Beitragsverhöhung stellen, fand eine Diskussion statt. Kollege Keller führte u. a. aus, was die „Freien“ können, das müssen wir auch können. (Beifälliger Beifall.) Es wurde schließlich folgende Resolution gefaßt:

„Die Ortsgruppe Langerfeld stimmt für eine Beitragsverhöhung zu 5 Pfg. mit Krankengeldzuschuß 10 Pfg.“

Metelen. (Wahl.) Auch in unserm stillen Dörfchen hatte schon lange der Wunsch bestanden, eine Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes zu erhalten, denn auch hier gibt es Seidenweberei. Die Firma W. Schneider u. Cie. aus Krefeld hat hier vor einigen Jahren eine mechanische Weberei erbaut und beschäftigt auch noch Handweberei. Eine andere Firma läßt noch in Wehlfeld auf Handstühlen Seide weben. Auch ist eine kleine Baumwollweberei hier. Nachdem nun seit einiger Zeit einige Kollegen von Wilmes hier etwas vorgearbeiten hatten, konnte am 29. März eine Versammlung stattfinden. Derselbe war auch von den Kollegen gut besucht. Auf Vorschlag wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe Wilmes, Kollege Köhlig, zum Leiter der Versammlung bestimmt. Der Bezirksvorsitzende, Kollege Camps aus Wohlfeld, besprach nun in einem einständigen Vortrage die Notwendigkeit und die Aufgaben und Ziele des christlichen Textilarbeiterverbandes mit dem Erfolge, daß sich sofort 50 Kollegen als Mitglieder anmeldeten. Diese wählten zum provisorischen Vorsitzenden den Kollegen Anton Weining. Der Bezirksvorsitzende ermahnte nun alle zur treuen Pflichterfüllung, aber auch alle möchten treue Mitglieder bleiben und immer neue Mitglieder anwerben. Dann wurde auch in Metelen eine solche Ortsgruppe werden zum Vorteil für die Arbeiter. So wäre unsern Verbands wieder eine neue Ortsgruppe zugeführt. Mögen die Kollegen nun auch zur nächsten Versammlung am 5. April wieder alle erscheinen und noch viele neue Mitglieder mitbringen. Den Kollegen von Wilmes an dieser Stelle noch besten Dank für die rege Mitarbeit bei Gründung dieser Ortsgruppe. Mögen überall die Kollegen sich gegenseitig unterstützen, dann wird unser Verband sich immer mehr in Westfalen ausbreiten.

Dönsbrück. Am 21. März hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, die leider wieder schlecht besucht war. Da der bisherige Schriftführer sein Mandat niederlegte, wurde Kollege Wilt einstimmig zum Schriftführer gewählt. Sodann hielt Kollege Wilmes einen Vortrag über die geschäftlichen Bestimmungen des Arbeitsvertrages und der Fabrikordnung. Redner ging die einzelnen Bestimmungen des Arbeitsvertrages durch, sprach dann über die Fabrikordnung, bedauernd, daß man sich bei Abfassung der Fabrikordnung vielfach wenig um die gesetzlichen Vorschriften kümmerte. Insbesondere ging er auf die „Freiheit“ des Arbeitsvertrages ein. Nach dem Vortrage des Gesetzes sei der Arbeitsvertrag allerdings frei, in Wirklichkeit jedoch durch die Abhängigkeit der Arbeiter, den Vertrag selbst unter den ungleichsten Bedingungen einzugehen. Erst dann, wenn die Arbeiter organisiert seien, wenn sie eine Kraft bilden, mit dem die Unternehmer zu rechnen hätten, und die Arbeiter gleichberechtigt mit den übrigen Ständen seien, dann könne man erst von einem freien Arbeitsvertrag reden. Eine rege Diskussion schloß sich diesem Vortrag an. Insbesondere wurden die einzelnen Klauseln in der hiesigen Fabrikordnung ins rechte Licht gestellt. Es wurde dann beschlossen, bald eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Der Vorsitzende bedauerte dann, daß auch hier einige Kollegen dem Verbands den Rücken legten, angeblich,

